



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron prescht gern mal vor: mit Bundeskanzler Friedrich Merz beim jüngsten Nato-Gipfel in Ankara.

FOTO: UMIT BERTAS/REUTERS

Retten, was zu retten ist

Wenn am Freitag der deutsch-französische Ministerrat in Brühl tagt, treffen nervöse Partner aufeinander. Paris misstraut Deutschlands neuer militärischer Stärke, Berlin bangt um Frankreichs politische Zukunft.

Von Alexandra Förderl-Schmid
und Sina-Maria Schweikle

Paris/Berlin – Der Ort des Treffens hat eine historische Bedeutung. Im Schloss Augustusburg in Brühl empfing Bundeskanzler Konrad Adenauer im September 1962 Charles de Gaulle. Es war der erste offizielle Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Er besiegelte die Aussöhnung der einstigen Kriegsgegner. Nur wenige Monate später, am 22. Januar 1963, wurde der Élysée-Vertrag unterzeichnet.

Mehr als sechs Jahrzehnte später kommen nun Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Präsident Emmanuel Macron in Brühl zusammen. Beim deutsch-französischen Ministerrat steht am Freitag die künftige Zusammenarbeit beider Regierungen im Fokus. Die Themen reichen von Wettbewerbsfähigkeit über digitale Souveränität bis hin zur nuklearen Zusammenarbeit. Ein wichtiger Teil des Treffens wird die Sitzung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates sein und

damit die Frage, ob beide Länder bei zentralen Vorhaben wie der Rüstungspolitik doch enger zusammenarbeiten können.

Denn gerade hier ist die Kooperation, gelinde gesagt, ausbaufähig. Das zeigte sich zuletzt beim Scheitern des deutsch-französischen Kampfflugzeugprojekts Future Combat Air System (FCAS). In Frankreich

In Nörvenich werden erstmals nuklearfähige Kampffjets betankt

ist man noch verstimmt über die Art, wie von Deutschland das Aus – aus Sicht des Élysée vorschnell – kommuniziert wurde. Nun, einige Wochen und Weltkrisen später, versucht man das Beste daraus zu machen. „Trotz des Scheiterns von FCAS, das ich zutiefst bedauere: Wir dürfen dort nicht stehen bleiben“, mahnte Macron in seiner Rede vor den Streitkräften zum Nationalfeiertag diese Woche. „Am guten deutsch-französischen Verhältnis ändert sich nichts, hier wurde aus rationalen

Gründen eine Sachentscheidung getroffen“, heißt es in Berlin. Zumindest die Entwicklung von Drohnen und einer gemeinsamen Kommunikationsplattform soll weiter vorangetrieben werden.

Offen ist noch, wie es mit dem Main Ground Combat System weitergeht, mit dem gemeinsamen Panzerprojekt. Deutschland halte unverändert daran fest, hieß es in Berlin, in Paris bleibt man vage. Auch hier zeigt sich: Immer wenn es bei Kooperationen konkret wird, wird es schwierig. So wurde Anfang Juli der erst eine Woche davor angekündigte Börsengang des deutsch-französischen Panzerbauers KNDS kurzfristig abgesagt. Wie schon der französische Staat wollte auch Berlin einsteigen, um ein Gleichgewicht herzustellen. Jedenfalls gilt es im Rüstungsbereich zu retten, was zu retten ist, und schnell.

Denn mit Donald Trump herrscht ein launischer US-Präsident im Weißen Haus. Wie man mit Trump umgehen soll, das scheiden sich in Paris und Deutschland die Geister. Während Berlin auf Deeskalation und den Erhalt der transatlantischen Bezie-

hungen baut, drängt Paris seit Jahrzehnten auf mehr Unabhängigkeit von den USA. Charles de Gaulle baute die Nuklearstreitmacht „Force de frappe“ auf, um als Atommacht unabhängiger von den USA zu agieren. Er wollte mit der Entwicklung eigener Nuklearwaffen verhindern, dass Frankreich in eine Abhängigkeit vom amerikanischen nuklearen Schutz gerät.

Seit einigen Jahren schon bietet Emmanuel Macron wiederholt europäischen Partnern an, unter den französischen Atomschirm zu schlüpfen. Anfang März vereinbarten er und Bundeskanzler Merz schließlich eine engere Zusammenarbeit, die am Freitag Form annehmen soll. Dann wird der Sicherheits- und Verteidigungsrat auf dem Fliegerhorst im nordrhein-westfälischen Nörvenich zusammentreten, sagte ein deutscher Regierungssprecher. Dort werden am Donnerstag erstmals ein nuklearfähiger französischer Rafale-Jet und deutsche Eurofighter betankt.

Außerdem sollen aller Voraussicht nach im Herbst erstmals deutsche Soldaten an einem französischen Atom-Manöver teil-

nehmen, hieß es weiter. Zudem werde es auch Verabredungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit bei der konventionellen Rüstung geben. Dazu zählt etwa die Kooperation mit europäischen Partnern bei weitreichenden Raketen, die militärische Ziele weit im Hinterland eines potenziellen Gegners treffen könnten. Zwar hat Deutschland erst vor wenigen Tagen angekündigt, Tomahawks von den USA zu kaufen, Friedrich Merz betonte jedoch: „Wir werden gleichzeitig daran arbeiten, eigene europäische Systeme zu entwickeln und in Europa zu stationieren.“

Daran wird in Paris gezweifelt: Mit Befremden wird registriert, dass ein beträchtlicher Teil des 100-Milliarden-Sondervermögens und der Mittel aus der gelockerten Schuldenbremse für Produkte ausgegeben werden, die nicht in Europa produziert werden. Denn Deutschland kauft über dreißig amerikanische F-35-Kampffjets und das israelische Arrow-3-System, um den Luftraum zu schützen. Frankreich drängt auf mehr Souveränität. Macron überraschte am Montagabend mit der Ankündigung einer Allianz zur Raketenabwehr, der neben der Ukraine neun weitere europäische Länder angehören. Tags darauf präsentierten französische und deutsche Unternehmen die Bildung des Bliksem-Exo-Konsortiums, das bereits von August an ein System entwickeln will. Mit dabei sind Airbus Defence and Space, Destinus, MBDA Deutschland, Safran und Thales. Einige der Firmen sollten auch bei dem gescheiterten Kampffjet-Projekt dabei sein.

Was, wenn Rechtsextreme über die einzigen EU-Atomwaffen verfügen?

Für Emmanuel Macron wird es absehbar die letzte Teilnahme am Kooperationsrat sein. Im Frühjahr scheidet er nach zwei Legislaturperioden aus dem Amt. Er versucht, noch möglichst viele Projekte voranzutreiben. So preschte er beim Treffen der Koalition der Willigen am Montagabend mit der Ankündigung vor, dass die multinationale Truppe für die Ukraine bald Manöver abhalte. Der neben ihm stehende Merz äußerte sich dazu nicht. Denn Berlin wie auch andere Staaten zögern noch, überhaupt Soldaten zu entsenden für jene Truppe, die einmal den Frieden absichern soll.

Macron treibt um, dass ihm vielleicht ein Vertreter des rechtsextremen Rassemblement National in den Élysée-Palast folgt, Marine Le Pen oder Jordan Bardella. Gleichzeitig registriert man in Paris mit Besorgnis das Erstarken der AfD, die nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern jeweils in die Landesregierungen einziehen könnte. Die deutsch-französische Achse, jahrzehntelang der stabile Kern Europas, könnte in beiden Ländern infrage gestellt werden. Was, wenn eine rechtsextremistische und europafeindliche Regierung in Frankreich über die einzigen Atomwaffen der EU verfügt und Projekte mit Partnern absagt?

Und was bedeutet es, dass Deutschland gerade zur stärksten konventionellen Streitmacht Europas ausgebaut werden soll? „Unsere Nachbarn sollen sich sicherer fühlen, wenn Deutschland stärker wird“, sagte Merz Ende Juni bei einem Treffen, an dem auch Macron teilnahm. Deutschlands Verteidigungsausgaben für 2026 belaufen sich auf 124,7 Milliarden Euro, das hoch verschuldete Frankreich kann nur knapp die Hälfte ausgeben. Auch wenn Merz versichert, Berlin sei gegen nationale Alleingänge, löst die massive Aufrüstung Deutschlands auch aus historischen Gründen Besorgnis in Frankreich aus. Schloss Augustusburg wäre ein guter Ort, auch dieses Thema offen anzusprechen.